

Die Krise der russischen kommunistischen Partei.

Von Dr. S. J. v. Boff (Hans Boff).

Im Berliner Tageblatt erschien der nachstehende, durch den Tod Lenins besonders aktuell gewordene Artikel über die inneren Verhältnisse Russlands.

Die russische kommunistische Partei, deren Zentralkomitee die tatsächlich entscheidende Instanz für die gesamte äußere, innere und wirtschaftliche Politik Russlands bildet, befindet sich in einer schweren Krise, deren weitere Entwicklungen und deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Diese Krise, die sich schon lange vorbereitet hat, bisher aber durch die Äußerungen der Führer immer wieder eingedämmt worden war, hat jetzt eine solche Heftigkeit angenommen, daß sie auch vor der Öffentlichkeit nicht mehr verborgen gehalten werden kann.

Obgleich von den Anhängern der herrschenden Richtung immer wieder herabgehoben wird, daß die Autorität der Partei ebenso wie die der Sowjetregierung dadurch sowohl im Inneren wie im Auslandes schwer beschädigt werde, fällt die Diskussion, die mit großer Schärfe über die in der Partei entstandenen Gegensätze geführt wird, schon seit Wochen täglich mehrere Seiten in dem ungeheuren Format des Zentralorgans, der Moskauer „Pravda“. In der Redaktion der „Pravda“ selbst ist es zu einem Konflikt gekommen, und der Leiter der Abteilung für Parteifragen ebenso wie sein Stab sind aus der Redaktion ausgeschieden, nachdem sie den Versuch gemacht hatten, bei der Diskussion vorwiegend den Standpunkt der gegen das Zentralkomitee gerichteten Opposition zu Worte kommen zu lassen, und dieser Versuch durch das Eingreifen Sinowjens und Bucharins aufgebrochen und unterbunden worden war. In zahlreichen Parteiverfammlungen im ganzen Reich bis hinunter in die kommunistischen „Zellen“ wird um die strittigen Probleme gerungen. Die zahlenmäßige Stärke der Opposition ist noch nicht klar erkennbar, doch ist von den Resolutionen der „Zellen“, welche die „Pravda“ abdruckt und registriert, ein gutes Drittel gegen die von der Majorität des Zentralkomitees vertretene Politik gerichtet.

Selbst das höchste Parteiorgan, das sogenannte „Politbüro“, ist von der Krise nicht verschont geblieben. Außer Lenin besteht dieses „Politbüro“ noch aus folgenden sechs weiteren Mitgliedern des Zentralkomitees: Kamenew, dem Stellvertreter Lenins beim Vortritt im Rat der Volkskommissare, Sinowjew, dem Vorsitzenden der dritten Internationalen und der Petersburger Kommune, Stolin, dem Sekretär des Zentralkomitees, ferner Trotski, dem Wirtschaftsführer Rykow und dem Gewerkschaftler Tomski. Seit der Erkrankung Lenins haben sich in diesem engen Gremium die drei erstgenannten Personen noch zu einem engeren „Leitenden Dreierausschuß“, „Trojka“, genannt, zusammengeschlossen, was von der Parteioption als gegen die Statuten der Partei verstoßend bezeichnet wird. Trotski, seinerseits, der durch eine Malariaerkrankung verhindert ist, an den Debatten in den Parteiverfammlungen teilzunehmen, hat zwar den letzten wichtigen Beschlüssen des Politbüros und des Zentralkomitees seine Zustimmung gegeben, aber gleich darauf einen auch in der „Pravda“ abgedruckten Brief an die Partei gerichtet, der ihm heftige Angriffe von Seiten der „Trojka“ entgegenschlug. Stolin erhob öffentlich gegen ihn den Vorwurf, daß er in diesem Brief in verächtlicher Form die Parteioption bei ihrem Kampf gegen das Zentralkomitee unterstützt habe, und sprach Trotski auf Grund seiner menschlichen Vergangenheit das Recht ab, sich zur „alten Garde“ des Bolschewismus zu zählen. Sinowjew erklärte, Trotski habe dem Zentralkomitee einen Dienst geleistet, wie „der Strid dem Gehängten“. Als dieser Zwiespalt in dem höchsten Kommando der Partei von der Opposition ausgeklüffelt wurde, sah sich das „Politbüro“ veranlaßt, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der den entstandenen Gerüchten entgegengetreten wurde, als wenn Trotski aus der Parteileitung hinausgedrängt werden solle: Die Erklärung betonte die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit mit Trotski in allen leitenden Organen der Partei und des Staates, hob jedoch auf neue hervor, daß die Äußerungen Trotskis eine entschiedene Zurückweisung erforderlich gemacht hätten.

Trotski, der anfangs erklärt hatte, im Interesse der Partei auf eine Erweiterung verzichtet zu wollen, hat nun eine neue, umfangreiche Zuschrift an die „Pravda“ gerichtet, in der er sich, weit offener als in dem ersten Brief, die wichtigsten Forderungen der Opposition zu eigen macht. Die in derselben Nummer veröffentlichte „Antwort des Zentralkomitees an den Genossen Trotski“ ist überschrieben: „Fort mit den Fraktionsismen!“

In der Tat lautet die erste Forderung der Opposition, die, ehe Trotski sich ihr offen angeschlossen, schon von so angelegenen und einflussreichen Parteimitgliedern, wie Prochorowskij, dem Vorgänger Stalins als Parteisekretär, und Staporow, dem Sekretär der Zentralkomitee der Sowjetkonföderation, geführt wurde, auf völlige Freigabe der bisher unterdrückten Diskussionen und Meinungsäußerungen innerhalb der Partei. Die Opposition verlangt sogar, daß es den Parteimitgliedern auch freistehen solle, sich zum Kampf für ihre Ansichten zusammenzuschließen, während die herrschende Richtung des Zentralkomitees hierin nicht mit Unrecht die Gefahr der Fraktionsbildung und damit des Zerfalls der Partei erblickt. Ja, die Befürchtungen gehen noch weiter. Unter Anführung interessanter historischer Reminiscenzen aus der Zeit des Breiter Friedensschlusses, wo Lenin und seinen Anhängern eine damals bereits von Trotski geführte Fraktion der Links-Kommunisten entgegenstand, die den Friedensschluß verhindern wollte, beschwört Sinowjew warnend das Gespenst eines neuen Bürgerkrieges und erklärt, der Kampf zweier Fraktionen innerhalb der regierenden Partei würde den Anfang für die Bildung zweier Regierungen bedeuten. Und eine der Parteirevolutionen hebt hervor, daß die Fraktionsbildung die Einheitlichkeit des Staatsapparates, der Roten Armee und der Diktatur des Proletariats gefährde.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der Streit weiter entwickeln wird. Die Partei durchlebt gegenwärtig, wie die „Pravda“ selbst betont, ihre dritte große Krise seit der Oktoberrevolution. Die beiden ersten, zur Zeit des Breiter Friedens und zur Zeit des Streites um die Rolle der Gewerkschaften Anfang 1921, haben durch die Autorität und die politische Führung Lenins überwunden werden können. Dieser wichtige Faktor ist gegenwärtig ausgeschaltet, und noch andere Momente fallen jetzt erschwerend ins Gewicht.

Zunächst ist festzustellen, daß die herrschende Richtung bereits Anfang Dezember dem Drängen aus den Reihen der Partei hat wichtige Zugeständnisse machen müssen, die es jetzt erschweren dürften, den Streit wieder einzudämmen. Eine besondere Resolution der obersten Parteinstanzen hat nämlich damals die sofortige Erfüllung der aus der Partei erhobenen Forderung nach „Parteidemokratie“ zugesagt, und dieser Begriff bestimmt als das Recht für alle Parteimitglieder, über alle wichtigen Fragen frei zu diskutieren und die Parteifunktionäre, die bisher zum Teil von oben her ernannt wurden, frei zu wählen. Es ist bezeichnend, daß der Sturm in der Partei erst nach der Veröffentlichung dieser Resolution zum vollen Ausbruch kam, die spöttisch mit dem Oktobermanifest des Jaren Nikolaus verglichen worden ist. Das Verbot der Fraktionsbildung wurde nämlich in der Resolution aufrechterhalten und auf neue betont, und die Opposition, die die erlangten Zugeständnisse nicht genügt, kämpft weiter mit der Begründung, daß die verprochene Diskussionenfreiheit illusorisch sei, solange jede Kritik, die von einer Gruppe von Parteigenossen an der Parteileitung geübt werde, als Fraktionsbildung betrachtet und mit dem Ausschluss bedroht werden könne. Gegen diese Argumentation haben sich die Führer der herrschenden Richtung in jeder Weise verwahrt, und jedenfalls in Erfüllung ihres Versprechens der Diskussion bereits eine Freiheit gewährt, wie sie in der Geschichte dieser diktatorischen aller Parteien bisher unerreicht ist.

Nun ist in dieser Frage das Zentralkomitee bereits in mehr als zwei Gruppen gespalten. Nicht allein, daß eine Gruppe, zu der Trotski gehört, die bisherigen Zugeständnisse als ungenügend betrachtet: eine andere meint, diese Zugeständnisse seien bereits zu weit gegangen, sie hätten den offenen Ausbruch des Streites in diesem Umfang erst möglich gemacht,

und nur von einem scharfen Herumwerfen des Steuers im Sinne einer Wiederherstellung der strengen militärischen Parteidisziplin könne die Rettung kommen.

Jedoch sind diese Zugeständnisse, nach Erklärungen Kamenews, gewährt worden, weil man kein anderes Mittel sah, um gewisse schwere Missetaten und Krankheitserscheinungen in der Partei zu heilen: daß die Streikwelle, die im Sommer letzten Jahres wichtige Industriezentren erschütterte, den Parteigelen und den Gewerkschaftsorganen der betreffenden Betriebe völlig überrollend kam, daß die inzwischen aus der Partei ausgeschiedene fraktionistisch orientierte „Arbeitergruppe“ sowohl in der Partei wie in breiteren Schichten der parteilosen Arbeiter Ansehen fand, — solche und andere Erscheinungen haben den leitenden Instanzen gezeigt, daß zwischen der Parteileitung und den Parteimassen einerseits und zwischen der Partei und den Arbeitermassen andererseits eine weitgehende Entfremdung entstanden ist, gegen die man als wichtigstes Seilmittel Maßnahmen treffen zu müssen glaubte, um das bisherige bürokratisch-militärische Regime der Partei durch „Parteidemokratie“, Selbsttätigkeit und Diskussionsfreiheit zu ersetzen.

Der eigentliche Untergrund des ganzen Streites liegt aber letzten Endes noch viel tiefer, und man erkennt bereits deutlich, daß die Opposition für die Erweiterung ihrer Rechte vor allem deshalb eintritt, um dann ihre wahren Ziele um so wirksamer verfolgen zu können. Dieser tieferer Gegensatz der Richtungen kann für heute nur noch angedeutet werden; er beruht darauf, daß die Partei, als Regierungspartei, mehr und mehr genötigt gewesen ist, Aufgaben und Interessen wahrzunehmen, die sich mit ihren ursprünglichen Traditionen als einer unbedingt revolutionären Partei des Klassenkampfes immer schwerer vereinbaren lassen. Die gegenwärtige Politik des Zentralkomitees wird daher von gewissen Gruppen der Partei noch als ein opportunistischer Verrat an der Arbeiterklasse und von anderen schon als zu konservativ-kommunistisch und zu wenig staatsmännisch betrachtet. Das sind die Gegensätze, die in irgendeiner Weise mit fataler Notwendigkeit zur Entscheidung drängen. Sinowjew hat das in der Diskussion gefallene treffende Wort eines jungen Genossen zitiert, das ganze Uebel in der Partei komme daher, daß sie die Macht ergriffen habe, und er hat so gar ausgeführt, daß hierin ein Kern der Wahrheit liege. Aber, meint er, die Partei sei ja geschaffen worden, um die Bourgeoisie zu stürzen und die Macht zu ergreifen.

Deutscherische Wanderungsstatistik.

Das Auswanderungsamt im Bundeskanzleramt des Innern in Wien legt eine Statistik über die Auswanderung aus Österreich in der Zeit vom 1. 1. 1923 bis zum 31. 12. 1923 vor, aus der zu entnehmen ist, daß die Auswanderung aus Österreich, die in den Jahren 1919 und 1920 erst 5009, im Jahre 1921 dann 5176 und im Jahre 1922 schon 10975 Personen betragen hatte, im Jahre 1923 sich beträchtlich gesteigert hat und 15497 Personen betrug. Von ihnen gehörte weitaus der größte Teil, nämlich 7129, der Landwirtschaft und Forstwirtschaft und Gärtnerei an, 1401 Personen waren Hilfsarbeiter und Tagelöhner, 1230 gehörten dem Stand des Hauspersonals an, 981 stammten aus den Gewerben der Metallverarbeitung, 803 aus dem Baugewerbe usw. 3958 Personen werden als Angehörige der Auswanderer (Frauen und Kinder) bezeichnet. Bemerkenswert ist die große Zahl der Auswanderer aus dem Burgenlande, die mit etwa 6831 Personen weitaus an der Spitze steht. Erst dann folgen die Auswanderer aus Wien mit 2546, die Auswanderer aus der Steiermark mit 2121 und die Auswanderer aus Niederösterreich mit 2086 Personen. Am geringsten war die Zahl der Auswanderer aus Salzburg mit 138 und aus Bessarabien mit 188 Personen im ganzen Jahre 1923. Von den 605 Personen, die im Dezember 1923 ausgewandert sind, sind 394 auf Kosten fremder Regierungen bzw. von Verwandten, Bekannten u. Arbeitgebern im Zielland ausgewandert. Im Monat November, als die Gesamtzahl der Auswanderer 881 betrug, waren es 639 Personen.

Was tut Deutschland selbst für die deutsche Not?

Auf die Frage, was eigentlich in Deutschland selbst geschieht, um der Not zu steuern, wird uns aus der alten Heimat mitgeteilt:

„Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln das Elend zu lindern sucht. Sie hat dabei geradezu ungeheure Aufgaben vor sich. Bereits am 1. Dezember gab es im unbelegten Deutschland allein anderthalb Millionen Voll- und teilweiser Arbeitslosen. Im besetzten Gebiet gab es weitere zwei Millionen Voll- und teilweiser Arbeitslosen. Für diese alle mußte vom Reich gesorgt werden. Es ist aber nur soviel Geld vorhanden, daß höchstens bis zum März 1924 den Arbeitslosen in einer Großstadt täglich ein Betrag von 78 Pfennigen gegeben werden kann. Eine Familie mit vier Kindern oder mehr erhält den Höchstbetrag von 1,56 Mark. Daß von diesem Geld eine ganze Familie leben kann, ist natürlich ausgeschlossen, aber die trostlose finanzielle Lage Deutschlands läßt nur die Wahl zwischen dieser grausamen Bedrückung oder einem weiteren Sturz der Mark, der noch viel katastrophalere Folgen nach sich ziehen würde. So müssen denn diese Menschen einfach mit ihrer trostlosen Lage fertig werden.“

Nicht anders geht es den 785.000 Kriegsinvaliden, den 533.000 Kriegsgenossen mit ihren 1.134.000 Kindern, den 320.000 Rentnerfamilien, den alten Invaliden, Arbeitern und Arbeiterinnen. Wie schrecklich die Umfang der Arbeitslosigkeit ist, geht daraus hervor, daß nahezu ein Drittel der ganzen deutschen Arbeiterschaft außer Brot ist. In einzelnen Städten muß mehr als die Hälfte der ganzen Bevölkerung unterstützt werden; in den Industriestädten des besetzten Gebietes sind bis zu 80 Prozent der Bevölkerung auf Almosen aus öffentlichen Mitteln angewiesen.

Wehr kann der Staat beim besten Willen nicht tun. Nun kommt die zweite Frage: Was tut die deutsche Industrie, um diesem Elend abzuhelfen? Darüber lassen sich keine genauen Zahlen angeben, denn die von der Industrie geleistete Hilfe liegt nicht so sehr in der Zahlung von Bargeld als in anderen Opfern. Schon die Befehle der deutschen Sozialversicherung bilden eine schwere Belastung für jeden industriellen Betrieb. Jedes Geschäft ist gezwungen, Kriegsinvaliden zu beschäftigen, ob die Fabrik sich nun rentiert oder nicht. Es steht dem Fabrikbesitzer nicht etwa frei, nach Belieben seine Fabrik wegen Unrentabilität zu schließen; er muß erst den genauen Nachweis erbringen, daß dem auch wirklich so ist. Entlassungen dürfen nicht ohne weiteres stattfinden; auch in solchen Fällen ist erst der Nachweis zu führen, daß es sich tatsächlich um überflüssige Arbeitskraft handelt. So kommt es, daß jedes Unternehmen eine große teure Last in Form von Zuverlässigkeitsleistungen, Kriegsinvaliden und Kurzarbeitern mit sich schleppt. Dann haben die großen industriellen Unternehmen ihre schon im Frieden begonnenen Wohltätigkeitsmaßnahmen zu erhalten, und außerdem werden sie durch Sondersteuern für das Rhein- und Ruhrgebiet belastet.

Ebenso wenig läßt sich nun ziffernmäßig angeben, was eigentlich die deutsche Landwirtschaft zur Linderung des Elends tut. Aber einzelne Leistungen lassen immerhin einen Schluß zu auf die gemaltige Hilfsbereitschaft, die die deutsche Bauernschaft betätigt. Im letzten Sommer sind 250.000 Stadtkinder sechs Monate lang von deutschen Bauern unentgeltlich verpflegt worden. Rednet man das in Geld um, so ergibt sich eine Summe von 45 Millionen Goldmark, also ungefähr soviel, wie heute General Allen durch seine Sammlung in Amerika aufbringen will. Eine Teilleistung der deutschen Landwirtschaft steht also dem größten bisherigen Hilfsversuch des Auslandes für Deutschland ebenbürtig zur Seite. Sodann tritt die deutsche Landwirtschaft jeden Monat etwa 4200 Tonnen Nahrungsmittel als Liebesgaben, wovon monatlich 1.250.000 Kinder gespeist werden können. Das sind Zahlen, die jedem beweisen sollten, daß Deutschland alles tut, um seine hungernden Volksgenossen vor dem Verhungern zu bewahren. Die Schlemmer und Schieber fallen natürlich dem fremden Reisenden in Deutschland unangenehm auf und sie fallen ihm zuerst oder auch ausschließlich auf; aber

dieses Schiebergeschel ist nicht Deutschland, wie es vielfach nicht einmal deutsch ist.

Das Traurige ist, daß nicht die Hilfsbereitschaft, wohl aber die Hilfsfähigkeit des industriellen und landwirtschaftlichen Deutschland und auch die des Staates allmählich vergehen muß. Der Staat hat vom Tag zu Tag weniger Geld, und die Zahl der Arbeitslosen schwillt von Tag zu Tag mehr an. Die zunehmende Verarmung der Privaten läßt die Liebesgaben aus diesen Kreisen immer spärlicher fließen. Lange Wände richten sich auf das Ausland. Nur eine reiche, unbedrängte Liebesbereitschaft

außerhalb der deutschen Grenzen kann vom deutschen Volke das Schlimmste abwenden. Durch die Sammlung Allens ist es möglich geworden, die Zahl der aus ausländischen Gaben gespeisten deutschen Kinder von 500.000 auf 1.000.000 zu erhöhen. Jedenfalls kann das Ausland und kann vor allem Amerika verhelfen, daß alle Schicksale Deutschlands, so schwer wie sie selbst zu tragen haben, das Neueste tun, um ihre Volksgenossen zu unterstützen, aber für Millionen und Abermillionen bleibt die Hilfe von draußen die einzige Rettung. (St. Paul Volkszeitung.)

In vorgeschrittenen Jahren
kannst Du kräftig und bei guter Gesundheit
bleiben durch den Gebrauch von

forni's
Alpenkräuter

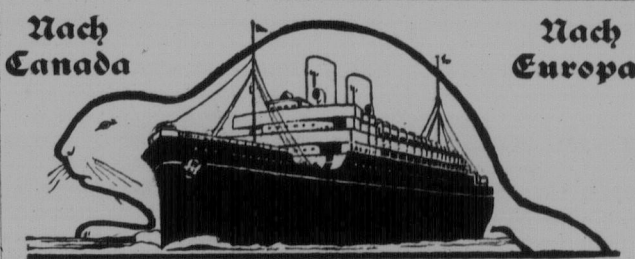
Es stärkt Deine Verdauungsorgane. — Es wirkt anregend auf Deine Nieren und Leber. — Es hält Deinen Stuhlgang in Ordnung. — Es kräftigt und baut Dein ganzes System auf. Ein Versuch wird Dich überzeugen. Es ist aus reinen, heilkräftigen Wurzeln und Kräutern bereitet und enthält keine schädlichen Drogen, oder solche, deren Genuß zur Gewohnheit wird. Keine Narkotikermischungen. Nur durch Spezialagenten geliefert. Man schreibe an

Dr. Peter Fahrney & Sons Co.
2501 Washington Blvd. Soffrei in Kanada geliefert. Chicago, Ill.

E. Thornberg
Händler in Juwelen
und Schmuckwaren
Humboldt, Sask.

Reichhaltiges Lager in Uhren
u. Geschenk-Artikeln aller Art
Fachmännische Reparaturen.

HOUGHTON & ALLEN
Fachmännische
Schuh-Reparaturen
Unsere Werkstatt ist mit den
neuesten modernen Maschinen
ausgestattet.
In Greig's Garage-Gebäude
Main St. Humboldt.



CANADIAN PACIFIC Dampfschiff-Linien

Direkter Verkehr zwischen Canada und Europa

CANADIAN PACIFIC Dampfschiff-Linie kann Ihre Familien-Angehörigen, Verwandten oder Freunde in der aller kürzesten Zeit nach Canada bringen, zum billigsten Preis.

CANADIAN PACIFIC Dampfschiff-Linie besitzt zwanzig große Schiffe, die alle paar Tage von Hamburg, Cherbourg, Antwerpen und Havre direkt nach Canada fahren.

CANADIAN PACIFIC Dampfschiff-Linie hat ihre eigenen Büros in Hamburg und Berlin, sowie in anderen bedeutenden Städten des europäischen Kontinents, einschließlich Moskau, Kowno, Libau, Bucharst, Prag, Warschau, Lemberg.

CANADIAN PACIFIC Dampfschiff-Linie Büros sind den Passagieren behilflich bei der Erlangung ihrer Reisepässe und bieten ihnen schnellste und zuverlässigste Bedienung.

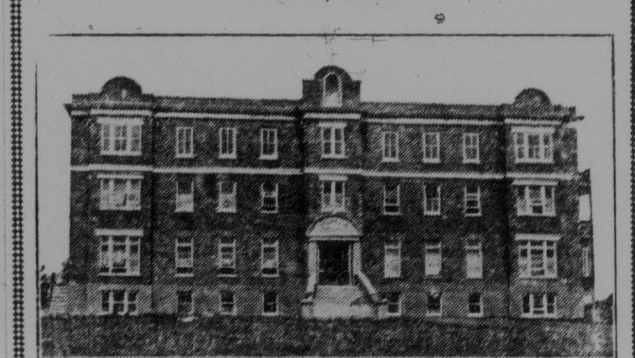
CANADIAN PACIFIC Dampfschiff-Linie sendet Ihnen vollständig frei alle Dokumente die man ausfüllen muß, wenn man Leute von Europa nach Canada bringen will.

CANADIAN PACIFIC Dampfschiff-Linie hat, um ihrer deutschen Rundschiff-Entsagen entgegenzukommen, eine Korrespondenz-Abteilung eröffnet, und ist nun imstande alle Ihre Anfragen in deutscher Sprache zu beantworten.

Weitere Auskunft, woraus Ihnen jedoch keinerlei Verpflichtung erwächst, erhalten Sie persönlich oder schriftlich durch

W. C. CASEY,
General Agent, CANADIAN PACIFIC STEAMSHIPS,
364 Main Street, WINNIPEG, MAN.

ST. URSULA'S ACADEMY BRUNO, SASK.



Die Ursulinen-Schwestern empfehlen ihre Kurse:
Preparatory, High School und Musik.
Um weiteren Aufschluß wende man sich an:
**The Mother Superior, St. Ursula Convent
Bruno, Sask.**